



Dienstag, 21. September 2004

<http://www.welt.de/data/2004/09/21/335316.html>

Besser auf den Hinterbänken

Das Streben nach einem deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat ist so irrational wie gefährlich - Debatte

von Gunther Hellmann

Deutschland drängt auf einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen. Gewiss, nicht alle treibt es an den Tisch der Allermächtigsten. Die Befürworter vermehren sich allerdings stetig, und sie wissen auch den wichtigsten (weil richtlinienkompetenten) Entscheidungsträger auf ihrer Seite. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist Feuer und Flamme für diese Idee. Angesichts der zunehmend heiklen Debatte, die immer stärker auch engste Verbündete gegen Deutschland aufbringt, hat er in der vergangenen Woche allerdings seinen Außenminister ins parlamentarische Fegefeuer geschickt. Trotzdem bleibt Gerhard Schröder (und nicht Joschka Fischer) der wichtigste Helfershelfer seiner ambitionierten Diplomaten.

Vielen erscheint all dies inzwischen als ziemlich "normal". Ist es nicht an der Zeit, wie deutsche Diplomaten seit langem argumentieren, dass der UN-Sicherheitsrat "repräsentativer" besetzt wird und Deutschland endlich von der "Feindstaaten"-Klasse in die weltpolitische Champions League aufsteigt?

Vielleicht kann man einmal fragen, was Carlo Schmid oder Theodor Heuss zu dieser Debatte gesagt hätten. Als die beiden - Sozialdemokrat der eine, Freidemokrat der andere - in den Beratungen des Parlamentarischen Rates 1948/49 monatelang um Formulierungen des Grundgesetzes rangen, suchten sie auch nach einer Formel für die Präambel, die, wie Theodor Heuss es formulierte, "den exzeptionellen Charakter" dieser neuen deutschen Verfassung in wenigen Worten auf den Punkt bringen würde. Gesucht war, so assistierte Carlo Schmid, eine pointierte Zuspitzung, die jedem zukünftigen Leser "das 'Warum'" dieser Verfassung unmittelbar einleuchtend erscheinen lassen und eine Antwort auf die Frage geben würde, "warum es zu diesem Grundgesetz kommen musste und warum nicht etwas anderes, vielleicht 'Normaleres' als dieses Grundgesetz geschaffen werden konnte".

Der wichtigste Satz gipfelte schließlich in der bekannten Formulierung, dass die freien Deutschen sich "von dem Willen beseelt" wissen wollten, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Wohl gemerkt: "dienen"! Das Nach-Hitler-Deutschland sollte sich in den Dienst zweier Ideale stellen, die das Deutsche Reich seit 1871 wiederholt so schmachvoll mit Füßen getreten hatte: den Frieden und die Idee eines "vereinten" Europa.

Von diesem bundesrepublikanischen Gründergeist ist nicht viel in das vereinigte, vor allem das rot-grün regierte Deutschland hinübergerettet worden. Deutschland ist heute zwar "bereit", wie Schröder immer wieder formuliert, im UN-Sicherheitsrat "mehr Verantwortung zu übernehmen". Wer aber noch den Klang im Ohr hat, mit dem Helmut Kohl oder Hans-Dietrich Genscher das Wort "Verantwortung" aussprachen, der weiß den neuen, den drohenden Unterton einzuordnen. Italien, Polen und Spanien haben verstanden. "Beseelt" scheinen die Deutschen (zumindest an ihrer Spitze) heute vor allem von der Vorstellung, dass ihnen am Tisch der Mächtigsten endlich der ihnen zustehende Platz einzuräumen ist.

Auch das ist ein altes und sehr "deutsches" Thema. In der Präambel des Grundgesetzes wurde es hinter dem Stichwort der "Gleichberechtigung" versteckt. Bei Gerhard Schröder heißt das heute "auf Augenhöhe" - manchmal mit George W. Bush, manchmal mit Wladimir Putin, aber nicht mehr unbedingt regelmäßig mit internationalen Leichtgewichten wie Silvio Berlusconi.

Carlo Schmid und Theodor Heuss könnte man es nicht verdenken, wenn sie aus dem Blickwinkel des Jahres 1949 die Entfernung zum Vokabular der Berliner Republik ähnlich bemessen würden wie zum Vokabular des Wilhelminischen Kaiserreichs: grob gerechnet 50 Jahre in beide Richtungen - und gemessen an den Idealen ähnlich weit entfernt. Wilhelms "Platz an der Sonne" und Schröders "Sitz im Sicherheitsrat" wirken hier vergleichbar bewölkt. Beides ist "Außenpolitik aus dem Bauch", wie der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, vor kurzem treffend formulierte. Wozu sie in Wilhelms Zeiten führte, wissen wir. Dass sie unter Schröder völlig harmlos sei, sollten wir seinen Adlaten nicht abnehmen.

Was ist zu tun? Mit etwas Glück wird uns Deutschen die Kommission des UN-Generalsekretärs Kofi Annan eine Antwort abnehmen und uns unseren Platz zuweisen, wenn sie demnächst ihren Bericht zur Reform des Weltsicherheitsrats abliefern. Voraussichtlich wird jener Platz - gemeinsam mit Italien, Polen und Spanien - viel öfter auf den hinteren Bänken der Vereinten Nationen zu finden sein. Mit idealistischem Engagement wird es in einigen Jahrzehnten vielleicht einmal ein gemeinsamer europäischer Sitz sein - gleichberechtigt in einem vereinten Europa und im gemeinsamen Dienst am Frieden.

Bis auf weiteres bleibt nur die Hoffnung, immer mal wieder "ständig" (wenn auch nur für zwei Jahre) auf einem Sitz im höchsten Rat Platz nehmen zu dürfen. Für Carlo Schmid und Theodor Heuss wäre dies eine unverdiente Ehre gewesen. Ob Gerhard Schröder dies noch lernen wird, ist zweifelhaft. Vielleicht lernt es seine Nachfolgerin.

Der Verfasser lehrt Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.